

II-2110 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1054/J

A N F R A G E

1984 -12- 11

der Abgeordneten Steinbauer

und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Konferenzakquisition für das österreichische Konferenzzentrum

Finanzminister Dr.Vranitzky erklärte in der Fragestunde des Nationalrates vom 9.11.1984, daß in der Zeit vom 29.-31.10.1984 mit den arabischen Vertragspartnern, die in die Finanzierung des österreichischen Konferenzzentrums involviert sind, Verhandlungen geführt wurden und daß bei diesen Verhandlungen die uneingeschränkte österreichische Entscheidungsbefugnis bei der Konferenzpolitik, bei den Vorbereitungen, dem Management, der Durchführung der Konferenzen und sonstigen Veranstaltungen im österreichischen Konferenzzentrum sichergestellt wurde.

Diese österreichische alleinige Entscheidungsbefugnis in bezug auf die Konferenzpolitik wurde laut Finanzminister Dr.Vranitzky in einem Annex zum Syndikatsvertrag mit den arabischen Geldgebern vereinbart. Durch diesen Annex soll sichergestellt werden, daß die Aufgaben der Konferenzgestaltung von der Österreichischen Konferenzzentrums-AG einer ausschließlich österreichischen Betriebsführungsgesellschaft übertragen wird.

Der Tageszeitung "Die Presse" vom 30.11.1984 ist nunmehr zu entnehmen, daß der in Rede stehende Annex, der die Souveränität Österreichs bei der Betriebsführung des Konferenzzentrums sichern soll, von den arabischen Geldgebern noch immer nicht rechtskräftig unterfertigt wurde und das Finanzministerium eine Antwort der Araber erst um die Weihnachtszeit erwartet.

-2-

In der Zwischenzeit hat Finanzminister Dr.Vranitzky entschieden, daß die IAKW-AG das künftige Management des Konferenzpalastes übernehmen soll. Laut IAKW-Vorstandsmitglied Dr.Auracher kann diese Gesellschaft jedoch nicht zu arbeiten beginnen, bevor nicht mit Zustimmung der arabischen Seite das Management an die IAKW-AG übertragen wurde.

Das bedeutet, daß für das voraussichtlich im Frühjahr 1987 zu eröffnende Konferenzzentrum noch immer nicht geworben werden kann und daß noch immer nicht Veranstaltungen und Großkonferenzen für die Zeit nach der Eröffnung des Konferenzzentrums akquiriert werden können.

Ex-Finanzminister Dr.Salcher bestätigte in einem Bericht vom 25.9.1984, der u.a. an den Bundeskanzler und auch an den Finanzminister erging, daß die Behauptungen der ÖVP zu recht bestehen, wonach es für ein wirksames Konferenzmanagement notwendig sei, drei bis fünf Jahre vor der Eröffnung eines Konferenzzentrums mit der Akquisition zu beginnen. In dem gleichen Bericht des Ex-Finanzministers an den Bundeskanzler und an andere Regierungsmitglieder beschuldigt dieser die Organe der IAKW-AG in dieser Sache säumig gewesen zu sein und "erst nach einer ausdrücklichen Aufforderung durch den Unterfertigten (Ex-Finanzminister Salcher) tätig geworden zu sein." In dem erwähnten Artikel der Tageszeitung "Die Presse" beschuldigt im Gegenzug IAKW-Vorstandsmitglied Dr.Auracher den ehemaligen Finanzminister, es als Eigentümerversorger verabsäumt zu haben, die notwendigen Entscheidungen für eine Veranstaltungsakquisition zu treffen. Als Folge dieser Säumigkeit - von wem auch immer - wird der Betriebsabgang des Konferenzzentrums in den ersten Jahren voraussichtlich die von Finanzminister Dr.Vranitzky angekündigten 100 Mio.S pro Jahr überschreiten.

-3-

Durch die unüberlegte Vorgangsweise der Bundesregierung bei der Abfassung der Finanzierungsverträge mit den arabischen Geldgebern entstehen dem österreichischen Steuerzahler damit zusätzliche Kosten in Millionenhöhe. Diese Behauptung wird u.a. dadurch untermauert, daß das Konzept für die Betriebsführung des Konferenzentrums, das unter der Federführung des IAKW-Vorstandsmitgliedes Dr. Auracher erstellt wurde, ganz deutlich die Forderung aufstellt, daß spätestens im Jänner 1984 mit der Werbetätigkeit für das Konferenzzentrum im In- und Ausland begonnen werden müßte, wobei die Kosten für diese Werbetätigkeit für die Jahre 1983 - 1987 zwischen 60 und 70 Mio.S (ohne Personal- und Reisekosten für das Akquisitionsteam!) betragen würden.

Da nunmehr bereits mehr als ein Jahr verabsäumt wurde, für das Konferenzzentrum zu werben und jeder weitere Tag, der verstreicht, bis die Managementgesellschaft ihre Werbetätigkeit beginnen kann, dem österreichischen Steuerzahler viel Geld kostet, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

1. Wann wird der mit den arabischen Vertragspartnern ausgehandelte Annex zum Syndikatsvertrag, der der österreichischen Seite die alleinige Kompetenz bei der Betriebsführung des Konferenzentrums zusichert, rechtswirksam?
2. Wann werden Sie eine geänderte 3.IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, die auf diesem neuen Annex basiert, dem Parlament zur Beschlußfassung zuleiten?

-4-

3. Wie hoch werden die Betriebsdefizite des österreichischen Konferenzentrums pro Jahr sein?

4. Um wieviel werden diese Betriebsdefizite höher sein, weil nicht rechtzeitig um Konferenzen im In- und Ausland geworben werden konnte?

5. Wann kann endlich mit der Akquisition von Konferenzen begonnen werden?

6. Wer ist an der Verzögerung des Beginns der Veranstaltungsakquisition schuld:

Ex-Finanzminister Salcher, wie dies IAKW-Vorstandsmitglied Dr. Auracher in der Tageszeitung "Die Presse" vom 30.11.1984 behauptet, weil dieser als Eigentümerversetreter verabsäumt hat, die notwendigen Entscheidungen für eine Veranstaltungsakquisition zu treffen, oder "die Organe der IAKW-AG, die in dieser Sache erst nach einer ausdrücklichen Aufforderung durch den Unterfertigten (Ex-Finanzminister Dr. Salcher) tätig geworden sind", wie dies Ex-Finanzminister Dr. Salcher in seinem Bericht an den Bundeskanzler und an andere Regierungsmglieder vom 25.9.1984 behauptet?